

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

4. Jahrgang

Ausgabe 1/2007

Februar 2007

ISSN 1863-3992

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU	1
Haftverschonung für RAF-Terroristen?	3
Studiengebühren verschärfen das Geburtenproblem	4
Machtkampf in der CSU	5
In eigener Sache: Wahlantritt des BIW in Bremen	7
Kurz notiert	7
Der gute Rat	9
Zu guter Letzt	9
Impressum	9

Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU

Seit dem 1. Januar 2007 gehören auch Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union. Wer insgeheim gehofft hatte, der deutsche Bundesrat könnte die EU-Aufnahme der beiden osteuropäischen Staaten in letzter Sekunde kippen, sah sich getäuscht: Am 24.11.2006 billigte die Länderkammer als letztes europäisches Parlament das Vorhaben einstimmig, und das obwohl auch die Bundesregierung zahlreiche Defizite bei der Umsetzung von EU-Standards in den neuen Beitrittsländern monierte, und sogar die Anwendung der im Beitrittsvertrag enthaltenen Schutzklauseln ins Spiel brachte.

„Das ist doch ein Skandal, völliger Mumpitz“, so die Reaktion von Altbundespräsident Roman Herzog auf die voreilige Entscheidung, Rumänien und Bulgarien in die

Europäische Union aufzunehmen. Denn obwohl erhebliche Zweifel an der Beitrittsfähigkeit beider Staaten bestanden, verzichtete Brüssel darauf, deren Aufnahme um ein Jahr zu verschieben. Dabei hatte die EU-Kommission in ihrem abschließenden Fortschrittsbericht, der im Herbst 2006 veröffentlicht wurde, selbst schwerwiegende Mängel vor allem bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität konstatieren müssen. Rumänien und Bulgarien seien nicht nur Transit-, sondern auch Herkunftsländer für den europäischen Menschenhandel, heißt es in dem Bericht. Auch die Tatsache, daß rumänische Kinder von Ausländern gegen Entgelt adoptiert werden, bereitet Brüssel Sorgen. In Bulgarien, wo der Frauenhandel besorgniserregende Dimensionen angenommen hat, ist bei den Sicherheitsbehörden die Ansicht verbreitet,

daß die Frauen nur den Vorteil der liberalen EU-Regeln nutzten, „um ihren Lebensunterhalt mit Prostitution zu verdienen“. Auch beim Vorgehen gegen Drogenkriminalität und Geldwäsche können Rumänien und Bulgarien die europäischen Standards bei weitem nicht erfüllen.

Ein weiteres Problem stellt die grassierende Korruption in beiden Ländern dar. Ein Ende 2006 veröffentlichter Bericht der bulgarischen Wirtschaftskammer geht davon aus, daß bei staatlichen Ausschreibungen für öffentliche Aufträge etwa 280 Mio. Leva (140 Mio. Euro) unter der Hand an hohe Beamte bezahlt wurden. Das entspricht etwa 10 Prozent des gesamten Auftragsvolumens. Für 2007 stehen Ausschreibungen in Höhe von 8-9 Mrd. Leva an, weil alle von der EU und Bulgarien mitfinanzierten Projekte obligatorisch in das Ausschreibungsverfahren einbezogen werden. Setzt sich die bisherige Praxis fort, dürften nach Meinung der Experten in diesem Jahr 800 bis 900 Mio. Leva an Schmiergeldern fließen.

Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft und der sozialen Lage der Bevölkerung gelten Bulgarien und Rumänien als die Armenhäuser Europas. Laut Eurostat kommt Rumänien auf 34 Prozent und Bulgarien auf 33 Prozent der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der EU-Staaten. Der Durchschnittslohn ist in Rumänien sechsmal niedriger als in Slowenien und dreimal niedriger als in Polen. Die Arbeitsstunde kostet in Rumänien gerade einmal 1,04 Euro brutto. Über die Hälfte der rumänischen Bevölkerung muß von weniger als 150 Euro im Monat leben. In Bulgarien werden sogar nur 0,88 Euro pro Stunde bezahlt. Hier liegt der monatliche Durchschnittslohn bei 150 Euro, die Monatsrente bei 80 Euro. Von den zehn ärmsten Regionen der EU liegen sechs in Rumänien, die anderen vier in Bulgarien. Dramatisch ist auch die Lage auf den

Arbeitsmärkten der neuen Beitrittsländer. Offiziell liegt die Erwerbslosenquote in Rumänien bei 3 Prozent. Nach Expertenschätzungen sind aber 25-30 Prozent der erwerbsfähigen Rumänen ohne Arbeit. Angesichts der schwierigen Situation auf dem heimischen Arbeitsmarkt arbeiten knapp 2 Millionen rumänische Staatsbürger im Ausland und hier vor allem in Südosteuropa. In Bulgarien sind offiziell über 10% der Menschen ohne Arbeit. Die Dunkelziffer ist allerdings auch hier deutlich höher.

Kritiker befürchten, daß sich nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union ein Millionenheer billiger Arbeitskräfte auf den Weg in die reichen EU-Staaten West- und Mitteleuropas machen könnte. Kein Wunder also, daß mit Ausnahme von Schweden und Finnland alle alten EU-Mitgliedsländer den Zugang rumänischer und bulgarischer Arbeitnehmer zu ihren Beschäftigungsmärkten ganz oder teilweise beschränken. Diese Reglementierungen lassen sich aber laut Beitrittsvertrag nur für maximal sieben Jahre aufrechterhalten. Doch schon vorher werden die preiswerten Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien den Druck auf die unteren Lohngruppen in Deutschland erhöhen. Denn wie vor ihnen Polen und Tschechen werden auch Bulgaren und Rumänen die Niederlassungsfreiheit nutzen und als (Schein-)Selbständige zu uns kommen. Die Leidtragenden werden einmal Handwerksbetriebe und Dienstleister sein, die mit den Dumpinglöhnen der neuen Wettbewerber nicht mithalten können. Für deutsche Industriebetriebe erleichtert der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien Produktionsverlagerungen in diese Länder, um direkt vor Ort von den niedrigen Arbeitskosten zu profitieren.

Fest steht schon heute, daß die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die Europäische Union für Brüssel ein teureres Ver-

gnügen wird. Die EU-Kommission rechnet für den Zeitraum 2007 bis 2013 mit Gesamtkosten in Höhe von 44,3 Milliarden Euro. Größter Nettozahler in den EU-Haushalt, der ein Volumen von 100 Milliarden Euro pro Jahr hat, ist Deutschland, das knapp 22 Milliarden Euro brutto zum Budget der Gemeinschaft beisteuert. Doch dieser Umstand wird von deutschen Politikern gerne verdrängt. Das hängt wohl auch damit zusammen, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. Es spricht einiges dafür, daß die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zur zweiten EU-Osterweiterung in erster Linie politischen Opportunitätserwägungen geschuldet war und weniger auf einer nüchternen Bewertung der Fakten beruhte.

Der BIW meint: Spätestens mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien hat sich die EU übernommen. Anstatt sich streng an die selbst definierten Aufnahmekriterien zu halten und die Belastungsfähigkeit der Gemeinschaft zu berücksichtigen, wurde auch diese Erweiterung der Union von Brüssel rücksichtslos durchgeboxt. Profiteure sind einmal mehr die exportorien-

tierten Großunternehmen, die neue Absatzmärkte in Südosteuropa erschließen wollen. Das führt im Zeitalter der Globalisierung zwar zu steigenden Konzerngewinnen, nicht zwingend aber auch zu mehr Arbeitsplätzen. Dagegen werden die finanziellen und sozialen Folgen der neuerlichen EU-Osterweiterung für die Menschen in den alten Mitgliedsstaaten schon bald spürbar werden. Und es droht noch sehr viel größeres Ungemach. Denn nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens steht nun die Aufnahme der islamischen Türkei auf dem Wunschzettel der EU-Strategen. In dem kleinasiatischen Land sieht es trotz unverkennbarer Fortschritte in den letzten Jahren wirtschaftlich und sozial noch deutlich schlechter aus als in Rumänien oder Bulgarien. Doch auch darauf werden die europäischen Erweiterungsfanatiker keine Rücksicht nehmen. Nur der Druck von der Wählerbasis kann die Politik in dieser Frage noch zu einem Umdenken zwingen. Und eben deshalb ist die BIW-Kampagne „Für ein europäisches Europa – gegen einen EU-Beitritt der Türkei“, die auch in 2007 unvermindert fortgesetzt wird, so wichtig.

Haftverschonung für RAF-Terroristen?

Eine heftige innenpolitische Kontroverse hat der Wunsch der beiden RAF-Rädelführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt ausgelöst, vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Klar und Mohnhaupt waren 1985 u.a. wegen gemeinschaftlichen Mordes an Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer zu fünfmal lebenslanger Freiheitsstrafe und einer zeitigen Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. In beiden Fällen beträgt die Mindesthaftstrafe wegen der „besonderen Schwere der Schuld“ 24 Jahre. Erst danach wäre eine vorzeitige Haftentlassung möglich. Für Brigitte Mohnhaupt läuft diese

Frist am 26. März 2007 ab. Das Stuttgarter Oberlandesgericht wird in Kürze darüber entscheiden, ob Mohnhaupt tatsächlich aus dem Gefängnis freikommt.

Christian Klar, dem neun Morde und elf Mordversuche nachgewiesen wurden, muß bis mindestens 3. Januar 2009 einsitzen, es sei denn, der Bundespräsident begnadigt den Ex-Terroristen vorzeitig. Ein entsprechendes Gnadengesuch liegt Horst Köhler bereits vor. Köhler hat seine Bereitschaft signalisiert, dieses Gesuch positiv zu bescheiden. Liberale Politiker wie der frühere FDP-Innenminister Gerhard Baum

und Prominente wie der Regisseur Volker Schlöndorff befürworteten eine vorzeitige Haftentlassung von Klar und Mohnhaupt. Es sei, „gute Praxis des deutschen Rechtssystems“, so Baum, Straftäter nicht ein ganzes Leben einzusperren. Von den ehemaligen RAF-Mitgliedern gehe keine Gefahr mehr aus.

Vehement gegen eine Freilassung von Klar und Mohnhaupt hat sich die Witwe des von der RAF ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, Waltrude Schleyer, sowie andere Hinterbliebene ausgesprochen. Die heute 90jährige Frau Schleyer wörtlich: *„Laßt den Mörder meines Mannes nicht frei! Bis heute haben wir kein Wort der Entschuldigung von Christian Klar gehört. Er war an mehreren Morden beteiligt und bereut nichts!“* Ablehnend zu einer Begnadigung Klars und einer vorzeitigen Haftentlassung Mohnhaupts äußerten sich auch führende Unionspolitiker sowie die Staatsanwaltschaft. Der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Gerhard Pflieger, der die Anklagen gegen beide Terroristen in den achtziger Jahren koordiniert hatte, wies darauf hin, daß bei früheren Entlassungen von RAF-Häftlingen gesundheitliche Gründe vorgelegen hätten. Außerdem hatten die früheren RAF-Mitglieder ihre Taten bedauert. Beide Kriterien seien bei Klar und Mohnhaupt nicht erfüllt.

Der BIW meint: Eine vorzeitige Haftentlassung von Brigitte Mohnhaupt ist ebenso wie die Begnadigung von Christian Klar ohne Wenn und Aber abzulehnen. Sie wäre ein Schlag ins Gesicht der Hinterbliebenen,

deren Angehörige von der RAF kaltblütig ermordet wurden. Der als besonders gewalttätig geltende Christian Klar und seine Komplizin Brigitte Mohnhaupt, einst fanatische Anführerin der zweiten RAF-Generation, waren die Top-Führungskräfte des Linksterrorismus' in Deutschland. Die RAF, finanziell und organisatorisch von der DDR unterstützt, hat geraubt, entführt und gemordet. Ihr erklärtes Ziel war ein kommunistischer Umsturz in Deutschland. Klar und Mohnhaupt haben sich bis heute weder von ihren Taten noch ihren Zielen distanziert. Die Vorstellung, Klar und Mohnhaupt könnten nach ihrer Entlassung durch die Lande tingeln, in Büchern die Aktivitäten der RAF verklären und sich in linksextremen Kreisen als Märtyrer feiern lassen, ist unerträglich, und das nicht nur für die Angehörigen der Opfer. Deshalb ist dem Stuttgarter Generalstaatsanwalt Pflieger voll zuzustimmen, wenn er meint: Recht muß in diesen Fällen vor Gnade ergehen!

Zukünftig hat nach Ansicht des BIW der Grundsatz zu gelten, daß eine lebenslange Freiheitsstrafe tatsächlich lebenslang sein muß. Ausnahmen kann es nur dann geben, wenn von einem Straftäter keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit ausgeht und der Betroffene echte Reue zeigt, sich von seiner Tat also klar distanziert. Wo das nicht der Fall ist, darf es keine vorzeitige Haftentlassung geben, auch nicht nach 15 oder 24 Jahren. Eigentlich sollte dieser Grundsatz in jedem Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit sein. In Deutschland ist das leider nicht so.

Studiengebühren verschärfen das Geburtenproblem

In einer kürzlich veröffentlichten Studie stellt der Flensburger Bildungswissenschaftler Gerd Grözinger die These auf, daß Studiengebühren, die in vielen deut-

schen Bundesländern bereits eingeführt oder geplant sind, die Geburtenrate bei Akademikerinnen weiter senken werden. Denn die zur Finanzierung eines Studiums

aufgenommenen Kredite müßten in einer Lebensphase zurückgezahlt werden, in der sich Frauen hierzulande üblicherweise für Nachwuchs entscheiden. Nach einer Modellrechnung Grözingers sind Frauen in Deutschland zwischen 27 und 35 Jahre alt, wenn sie ihr erster Kind gebären. Weibliche Hochschulabsolventen beenden ihr Studium im Durchschnitt mit 26 Jahren. Bis zum Alter von etwa 31 Jahren muß der aufgenommene Studienkredit getilgt werden. Die erhebliche finanzielle Belastung aus der Studienfinanzierung, die mehrere Zehntausend Euro betragen kann, wird deshalb viele Akademikerpaare davon abhalten, Kinder in die Welt zu setzen. Selbst ein Zahlungsaufschub für die Phase der Familiengründung brächte nach Ansicht des Wissenschaftlers wenig, da die Kreditzinsen auch in dieser Zeit weiterliefen, was die Belastung für die Zukunft weiter erhöhte.

Noch gravierender ist die Lage bei jungen Männern, die erfahrungsgemäß erst dann zur Familiengründung bereit seien, wenn sie sich wirtschaftlich ausreichende abgesichert fühlten. Diese Sicherheit ist bei hohen Schulden und einem weiterhin unsicheren Arbeitsmarkt aber nicht gegeben.

In ihrer heutigen Form stellen Studiengebühren nach Meinung Grözingers ein „effektives Verhütungsmittel“ dar. Dabei wollte das Bundesfamilienministerium mit dem neuen Elterngeld, das mit immerhin 4 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche schlägt, gerade die niedrige Geburtenrate bei Aka-

demikerinnen erhöhen. Statt dessen konterkarieren die neu eingeführten Studiengebühren die erhofften positiven Effekte des Elterngeldes – mit fatalen Folgen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland, der in den nächsten Jahrzehnten eine wachsende Zahl hochqualifizierter Fach- und Führungskräfte benötigt. Und die werden in erster Linie von Akademikerfamilien hervorgebracht.

Der BIW meint: Gebühren für das Erststudium in Deutschland sind abzulehnen, und das nicht nur wegen der vermuteten negativen Wirkungen auf die Gebärfreudigkeit hochqualifizierter Frauen. Das Recht eines Menschen auf eine akademische Ausbildung darf nicht von seinem Geldbeutel oder den finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern, sondern ausschließlich von seiner individuellen Befähigung abhängig gemacht werden. Um diese Befähigung auch studienfachspezifisch festzustellen, ist das Abitur längst nicht mehr ausreichend. Deshalb fordert der BIW obligatorische Aufnahme- und Zwischenprüfungen an allen Hochschulen. Dadurch wird gewährleistet, daß nur solche Jugendlichen zum Studium zugelassen werden, die für eine akademische Ausbildung tatsächlich geeignet sind. Diese leistungsbezogene Auswahl wird im Ergebnis auch zu einer deutlichen Reduzierung der Studienzeiten führen. Hochschulabsolventen treten dann früher ins Berufsleben ein. Und das wird sich schließlich auch auf die Geburtenziffern von Akademikerinnen positiv auswirken.

Machtkampf in der CSU

Die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Edmund Stoiber, seine Ämter im Herbst dieses Jahres zur Verfügung zu stellen, hat eine heftige innerparteiliche Kontroverse bei den Christsozialen ausgelöst. Während der

bayerische Innenminister Günther Beckstein als zukünftiger Ministerpräsident jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt unumstritten scheint, tobt um den Posten des Parteivorsitzenden ein heftiger Machtkampf. Akteure sind der von Stoiber und

der CSU-Führung favorisierte Staatskanzleichef Erwin Huber auf der einen und der vor allem an der Basis populäre Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf der anderen Seite. Im Streit um die Nachfolge Stoibers geht es aber nicht nur um den richtigen Kandidaten für das höchste Parteiamt, sondern auch um den zukünftigen politischen Kurs der Partei. Während Erwin Huber für eine Modernisierung von Wirtschaft- und Gesellschaft im liberalen Sinne steht, repräsentiert Horst Seehofer als wichtigster Sozialpolitiker in der Union den „linken“ Flügel seiner Partei. Seehofer hat sich in der Vergangenheit als Bewahrer des klassischen Sozialstaates profiliert und steht damit auf einzelnen Feldern sozialdemokratischen Positionen nahe. So lehnt Seehofer das von den Unionsparteien vertretende Modell einer Gesundheitsprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung ab, und war deshalb im November 2004 von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgetreten.

Auch wenn der Streit über die Stoiber-Nachfolge noch im Vorfeld des CSU-Parteitages im September beigelegt werden sollte, ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich die Diadochenkämpfe nachteilig auf das Ansehen der Christsozialen beim bayerischen Wähler auswirken. Das gilt um so mehr als die Gegner Seehofers mit pikanten Details aus dem Privatleben des Ministers versuchen, dessen Reputation bei konservativen Bürgern zu beschädigen. Bereits jetzt rangiert die CSU im Freistaat in einigen Umfragen unterhalb der magischen 50-Prozent-Hürde. Sollte dieser Trend bis zu den Wahlen im kommenden Jahr anhalten, könnte es für die CSU eng werden. Als nachteilig bewerten Beobachter in diesem Zusammenhang die Entscheidung Stoibers, nicht sofort, sondern erst auf dem Parteitag zurückzutreten. Seinen Nachfolgern bleibt deshalb bis zu den bayerischen Kommunalwahlen im März

2008, die als ein wichtiger Gradmesser für die politische Stimmung im Freistaat gelten, nur wenig Zeit, sich in ihren neuen Ämtern beim Wähler zu profilieren. Und das kann wichtige Prozentpunkte kosten. Schwierig wird die Lage vor allem dann, wenn nicht Publikumsliebbling Seehofer, sondern der von den Parteigremien favorisierte Erwin Huber die Nachfolge von Stoiber als Parteichef antritt. Huber, ein sachkundiger, aber wenig eloquenter Polit-Profí, hätte in der kurzen Zeitspanne zwischen dem CSU-Parteitag im September und den bayerischen Kommunalwahlen im März 2008 viel Basisarbeit zu leisten, um Vertrauen bei den Bürgern im Freistaat zu gewinnen.

Gesetzt den Fall, die CSU würde die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen verpassen, könnte das die politische Landschaft nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland nachhaltig verändern. Ergibt die Sitzverteilung im Maximilianeum als Ergebnis der Herbstwahlen 2008 eine rechnerische Mehrheit links der CSU, dürfte sich die Opposition ihre historische Chance, die regierenden Christsozialen von der Macht im Freistaat zu verdrängen, kaum entgehen lassen. Sollte die CSU ihre Führungsrolle in Bayern einbüßen, würde auch ihr Einfluß innerhalb der Union und auf die Bundespolitik erheblich schwinden. Als Korrektiv zu einer nach links driftenden CDU, in der Konservative wie zuletzt Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm systematisch aus ihren Positionen verdrängt werden, würde die CSU dann ausfallen.

Noch ist ein solches Horrorszenario Zukunftsmusik. Die Opposition in Bayern, der es nicht nur an programmatischen Alternativen, sondern auch an zugkräftigem Personal mangelt, ist derzeit zu schwach, um der Staatspartei CSU gefährlich werden zu können. Aber die CSU, die sich in der schwersten Krise ihrer Partei-

geschichte befindet, ist angeschlagen. Weitere Fehler dürfen sich die Christsozialen in Bayern vor den Wahlen 2008 nicht mehr leisten. Andernfalls ist nicht nur

die CSU gefährdet, sondern auch der Weg Deutschlands in eine linke Republik unausweichlich.

In eigener Sache: Wahlantritt des BIW in Bremen

Mit Hochdruck laufen die Vorbereitungen des BIW zur Teilnahme an den Bremer Bürgerschaftswahlen, die am 13. Mai 2007 stattfinden. Bereits vor Weihnachten hatten wir eine erste große Öffentlichkeitskampagne durchgeführt, die auf sehr positive Resonanz in der Bremer Bevölkerung gestoßen ist. Fest steht schon jetzt, daß der BIW mit einer eigenen Liste in Bremerhaven antritt. Darüber hinaus werden die BÜRGER IN WUT aber auch im Bremer Stadtteil Horn-Lehe und ggf. weiteren Wahlkreisen Bremens kandidieren. Im Beirat von Horn-Lehe wird der BIW bereits seit 2004 von Werner Fincke vertreten, der sich durch seine sachorientierte und engagierte Arbeit den Respekt aller Fraktionen erworben hat.

Unsere Gespräche mit Bürgern in Bremen und Bremerhaven haben gezeigt, daß großes Interesse an einer seriösen politischen Alternative zu den etablierten Parteien im Land besteht. Nicht gefragt sind dagegen Extremisten und einfältige Sprücheklopfer ohne regionale Verankerung die hoffen, in Bremen den schnellen politischen und wohl auch finanziellen

Reibach zu machen. Von radikalen Parolen und großspurigen Versprechungen haben die Bürger nicht nur in Bremen die Nase voll!

Überaus erfreulich ist auch das Ergebnis unseres Spendenaufrufs, mit dem wir Mitglieder und Förderer gebeten hatten, unseren Wahlkampf in Bremen finanziell zu unterstützen. Allen Spendern an dieser Stelle noch einmal recht herzlichen Dank! Wenn auch Sie dem BIW eine Spende für den Wahlkampf zukommen lassen wollen, dann verwenden Sie bitte den beiliegenden Überweisungsträger.

Da der BIW eine anerkannte Wählervereinigung ist, sind Spenden an uns steuerlich abzugsfähig. Sie erhalten von uns rechtzeitig vor Abgabe Ihrer Steuererklärung 2007 eine Spendenbescheinigung mit der Post. Und seien Sie gewiß: Bei uns fließt jeder Euro in den Bremer Wahlkampf und nicht in die Taschen der Funktionäre. Denn bei uns sind alle Vorstandsmitglieder einschließlich des Vorsitzenden ehrenamtlich für die politische Sache tätig!

Kurz notiert

Nach Berechnungen der EU-Kommission erhielten Unternehmen in Deutschland im vergangenen Jahr Subventionen in Höhe von 20 Milliarden Euro. Das ist deutlich mehr als in jedem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union. An zweiter Stelle des Vergleichs rangiert Frankreich mit 10 Milliarden Euro, gefolgt von Italien mit 6

Milliarden Euro und Großbritannien mit 5 Milliarden Euro. Insgesamt flossen 2006 in der EU Subventionen in Höhe 64 Milliarden Euro. Das sind 1,5 Prozent weniger als noch in 2005. Über alle EU-Staaten machen die staatlichen Unterstützungszahlungen einen Anteil von 0,6% der Wirtschaftsleistung aus. In Deutschland liegt

dieser Wert mit 0,9% deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

+++

Nach Ansicht des US-amerikanischen Islamexperten und Historikers Prof. Bernhard Lewis haben die Europäer den Kampf gegen die Islamisierung ihres Kontinents aufgegeben. Sie hätten, so Lewis, vor dem Islam kapituliert, in einer Art von Selbsterniedrigung, politischer Korrektheit und multikultureller Ideologie. „Die Muslime scheinen kurz vor der Übernahme Europas zu stehen“, sagte der emeritierte Professor für die Geschichte des Nahen Ostens gegenüber der Tageszeitung „Jerusalem Post“. Vernichtend das Urteil von Lewis über die Europäer: „Sie haben keinen Respekt vor ihrer eigenen Kultur.“

+++

Die Zahl der Insassen deutscher Gefängnisse hat einen neuen Höchststand nach der Wiedervereinigung erreicht. Laut Statistischem Bundesamt verbüßten zum 31.03.2006 insgesamt 64.512 Häftlinge eine Freiheits- oder Jugendstrafe, oder saßen in Sicherheitsverwahrung ein. Auf 100.000 strafmündige Bundesbürger ab 14 Jahren kamen damit 90 Strafgefangene. 1995 waren es nur 67. Die meisten Inhaftierten – knapp 95% oder 61.200 - sind Männer. Nach Berechnungen der Statistiker sitzen jugendliche Straftäter relativ gesehen deutlich häufiger wegen Raub, Körperverletzung und Diebstahl ein als Erwachsene. Mit 20% überdurchschnittlich hoch ist der Anteil ausländischer Staatsbürger in deutschen Haftanstalten.

+++

Zum Jahresbeginn sind die Sanktionen für Empfänger von Arbeitslosengeld II verschärft worden. Hartz-IV-Bezieher, die sich innerhalb von 12 Monaten wiederholt weigern, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen oder sich an Fördermaßnahmen zu beteiligen, müssen jetzt mit drastischen Kürzungen ihrer Bezüge bis hin zum vollständigen Wegfall ihrer Bezüge rechnen. Davon betroffen sind nicht mehr nur die

Regelleistungen, sondern auch die Zahlungen für Unterkunft und Heizung. Besonders hart soll dabei gegen junge Erwerbslose unter 25 Jahren vorgegangen werden. Bereits im abgelaufenen Jahr haben die Arbeitsagenturen bei mehr als einer halben Million Arbeitslosen sog. Sperrzeiten verhängt, weil sie gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen hatten. Im Durchschnitt wurde die Zahlung des Arbeitslosengeldes an die Betroffenen für fünf Wochen ausgesetzt. Zwischen Mai und Dezember 2005 hatte es nur 261.000 Fälle dieser Art gegeben.

+++

Das vor zwei Jahren in Kraft getretene Prostituiertengesetz hat nach Angaben von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) keine Verbesserungen für die Huren in Deutschland gebracht. Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Gesetz, mit dem die Sittenwidrigkeit der Prostitution aufgehoben wurde, hat den betroffenen Frauen den Zugang zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung eröffnet. Außerdem können Huren ihren Lohn einklagen. In der Praxis werden diese neuen Möglichkeiten aber kaum genutzt. Nach Angaben des Familienministeriums hat nur etwa ein Prozent der Prostituierten einen Arbeitsvertrag.

+++

Trotz massiver NATO-Truppenpräsenz hat der Opiumanbau in Afghanistan im vergangenen Jahr um 61 Prozent zugenommen. Nach offiziellen Angaben der Regierung in Kabul sind in dem zentralasiatischen Land 172.600 Hektar Agrarfläche mit Mohnpflanzen bewirtschaftet. Zu Zeiten des Taliban-Regimes, das den Mohnanbau als Sünde wider den Islam bezeichnet hatte, betrug die Anbaufläche nur 1.685 Hektar. Neue Felder sind im vergangenen Jahr vor allem in den Unruheprovinzen Helmand und Urusgan entstanden. Hier wuchs die Anbaufläche um 132 Prozent, während es im Rest Afghanistans im Durchschnitt nur 18 Prozent waren. Ein

Drittel des afghanischen Bruttosozialproduktes stammt jetzt aus der Drogenproduktion. „2006 war ein Rekordjahr der Drogenvernichtung, deswegen ist die Nachricht, daß der Anbau gestiegen ist, sehr enttäuschend“, so der Direktor des Drogenkontrollbüros des Weißen Hauses, John Walters. Für 2007 rechnet die US-Behörde damit, daß in Afghanistan rund

5.700 Tonnen Opium produziert werden. Diese Menge wäre ausreichend, um 664 Tonnen reines Heroin mit einem Schwarzmarktwert von ca. 30 Milliarden Euro zu produzieren.

+++

Manchen Politikern geht es nicht um die Wahrheit, sondern um die Mehrheit. (Manfred Rommel, deutscher Politiker)

Der gute Rat

Verhindern Sie Blasen an den Füßen, indem Sie die Füße vor der großen Wanderung oder vor dem Skifahren dünn mit

Hirschtalg einreiben. Vergessen Sie auch den Stiefelrand nicht. Hirschtalg gibt es in der Apotheke oder in der Drogerie.

Zu guter Letzt ...

Ein Mafia-Boss findet heraus, daß ihn sein Buchhalter um 10 Mio Dollar betrogen hat. Der Buchhalter ist taub. Die ursprüngliche Idee war, daß ein tauber Buchhalter nichts mithören und deshalb vor Gericht keine Aussagen machen könnte. Als sich der Boss den Buchmacher vornehmen will, bringt er seinen Anwalt mit, der die Zeichensprache beherrscht. Der Boss läßt fragen, wo die 10 Mio. Dollar versteckt sind. Der Anwalt stellt die Frage in Zeichensprache und der Buchhalter signalisiert zurück: "Ich weiß nicht, wovon Sie sprechen."

Der Anwalt zum Boss: "Er sagt, er weiß nicht, wovon Sie sprechen."

Nun reicht es dem Boss und er zieht eine 9mm Pistole aus der Tasche, hält sie gegen den Kopf des Buchmachers und sagt: "Frag ihn noch mal!" Der Anwalt signalisiert dem Buchhalter: "Er wird dich umbringen, wenn du es nicht sagst." Signalisiert der Buchhalter zurück: "OK, Sie haben gewonnen. Das Geld ist in einem braunen Koffer, es ist vergraben hinter einem Schuppen von meinem Cousin Enzo drüben in Queens."

Der Boss fragt: "Nun, was hat er gesagt?" Der Anwalt antwortet: "Er sagt, Sie haben nicht den Mumm abzudrücken."

+++

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. ISSN 1863-3692. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.